

Studie des IGSF:

Gesundheitsreform steht auf wackligen Beinen

Die von der großen Koalition geplante Gesundheitsreform steht einer aktuellen Studie zufolge auf wackeligen Beinen. Bereits die vor zwei Jahren in Kraft getretene Reform der gesetzlichen Krankenversicherung habe ihre Ziele nicht nur verfehlt, sondern zum Teil das Gegenteil dessen ausgelöst, was vorgesehen war, heißt es in einer Studie des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung (IGSF). Das Bundesgesundheitsministerium wies die Vorwürfe zurück. „Die jetzt diskutierte Gesundheitsreform wird ein Erfolg werden“, sagte Sprecher Klaus Vater der ddp.

IGSF-Direktor Fritz Beske kritisierte, Folgen des „GKV-Modernisierungsgesetzes“ seien unter anderem eine erhebliche Zunahme der Büro-

kratie, Intransparenz und Stellenabbau. Er warf Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) vor, jede wissenschaftliche Auswertung zu verweigern, und betonte: „Es wäre fahrlässig, ohne eine genaue Analyse dieses Gesetzes Basis für die neue Gesundheitsreform zu nutzen.“ Die rund 130 Seiten lange Studie des IGSF stützt sich auf die Auswertung von 3.500 Berichten, Zeitschriftenaufsätzen, Stellungnahmen und Kommentaren. Auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Leonard Hansen, beklagte eine fehlende Evaluation der Reform. Dies sei gegenüber den Krankenkassen „eine teure Rücksichtnahme auf teurem Spielfeld“. Bei der integrierten Versorgung herrsche die „blanke Intransparenz“.

Die Steuerung durch die Praxisgebühr wiederum werde durch eine „unübersichtliche Fülle von Ausnahme-Befreiungs- und Erstattungstatbeständen relativiert oder sogar konterkariert“, sagte Hansen. Fast eine Mehrheit der Patienten sei mittlerweile von der Zahlung befreit.

Das Gesundheitsministerium warf den Kieler Experten vor, falsche Behauptungen aufzustellen. So sei die Zahl der Beschäftigten in den Praxen nicht gesunken, sondern gestiegen. Zudem werde die Reform sehr wohl wissenschaftlich ausgewertet. „Das Gesundheitsministerium verwahrt sich gegen die Behauptung, das Gesundheits-Modernisierungsgesetz habe keine Erfolge gehabt“, sagte der Sprecher.



Ärztestreik:

Demonstrationen gehen weiter

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund haben sich immer noch nicht auf einen neuen Tarifvertrag für die rund 22.000 Mediziner an Unikliniken einigen können. Dies bestätigte der Vorsitzende des Marburger Bundes, Frank Ulrich Montgomery, der Nachrichtenagentur ddp. Ein gemeinsames Verhandlungspaket sei von den Arbeitgebern wieder zurückgezogen worden.

Der bundesweite Protest der niedergelassenen Ärzte gegen aus ihrer Sicht unhaltbare Arbeitsbedingungen, ausufernde Bürokratie und chronische Unterfinanzierung medizinischer Leistungen wird deshalb den ganzen Sommer über andauern – und nicht nur von Uniklinik-Ärzten getragen. So werde es bundesweit eine Protestwoche zu Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft geben, sagte der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Grauduszus, dem Bielefelder Westfalen-Blatt. Vom 12. bis 16. Juni sollen die Praxen mit Ausnahme von Baden-Württemberg schließen. Hier würden die Ärzte vom 28. bis 30. Juni streiken.

In München sei zudem am 19. Juli ein Protesttag geplant. In Westfalen-Lippe haben sich unterdessen Hausärzte und Psychotherapeuten zur „Initiative Gesundheit“ zusammengeschlossen.

Die Initiative bereite unter anderem die kollektive Rückgabe der Kassenzulassung vor, schreibt die Zeitung.